



**mouvement
écologique**

Und ewig grüßt das Murmeltier ... Keine Fortschritte bei den Schulobstausschreibungen!

Bis zum 01. September lief zum 17. Mal die Ausschreibung für das in den Schulen vom Staat verteilte Obst für die Jahre 2025-2026. Dabei handelt es sich um sage und schreibe 156 Tonnen.

Bei der Auswahl, welches Schulobst verteilt wird, könnte das Landwirtschaftsministerium so richtig Akzente setzen in Richtung Biolandbau, regionale Landwirtschaft, Reduktion der Pestizidbelastung der Kinder (Haarproben des Gesundheitsministeriums haben ergeben, dass alle Kinder belastet sind), Förderung der Biodiversität!

Doch leider weit gefehlt. Zum 17. Mal verpasst das Ministerium diese Chance, sodass der Mouvement Ecologique schon fast traditionsgemäß sagen muss: leider eine äußerst Ungenügende für das Ministerium (wenn wir schon im schulischen Bereich sind).

Leider lernt das Landwirtschaftsministerium nicht von Restopolis. Restopolis, unter der Federführung des Erziehungsministeriums, ist es gelungen, dank Food4Future sowohl den Biolandbau als auch die regionale Landwirtschaft voranzubringen. Dies, indem klar erkennbar ist, wohin die Reise geht! Vor allem regionalen biologischen Produkten wird bei den Ausschreibungen absolute Priorität eingeräumt. Diese Kriterien sind sogar wichtiger als der Preis! Die Konsequenz: Hiesige Landwirte wissen, dass diese Produkte nachgefragt werden und können ihre Produktion phasenweise umstellen, da sie eine gewisse Planungssicherheit erhalten! Ein Mehrwert für alle.

Vertreter:innen des Landwirtschaftsministeriums zeigen sich mittlerweile gerne auf Pressefotos mit Restopolis, doch bei eigenen Projekten und Ausschreibungen sind sie nicht beispielhaft. Alles bleibt beim Alten.

Hier dominiert nach wie vor der Preis! Zwar brüstet sich das Ministerium damit, dass mittlerweile 32% des eingekauften Obst- und Gemüses aus biologischer Produktion stammen soll. Aber: verhehlt wird nicht, dass diese 32% ausschließlich durch Bananen und Karotten zustande kommen! Dass diese aus biologischer Produktion stammen, ist sicherlich positiv zu werten, aber: während Bananen laut Ausschreibung bio-zertifiziert oder aus fairem Handel stammen müssen, sucht man z.B. bei Äpfeln, Birnen vergebens nach solchen Kriterien! Dabei weiß man beim Landwirtschaftsministerium aufgrund eigener Analysen der ALVA¹ ganz genau, dass vor allem Äpfel aus konventionellem Anbau quasi

¹ Administration luxembourgeoise vétérinaire et alimentaire

immer Rückstände von vielen verschiedenen Pestiziden beinhalten. Auch wenn in der Regel die Schwellenwerte für einzelne Pestizidwirkstoffe theoretisch eingehalten werden – die Auswirkungen vom Zusammenspiel mehrerer Wirkstoffe sind nicht ausreichend erforscht und somit nicht reglementiert. Pestizide sind problematische schädliche Stoffe, sie gehören nicht in Lebensmittel. Eigentlich müsste es eine Selbstverständlichkeit sein, dass man deshalb gerade bei Kindern auf Nummer sichergeht und Obst aus biologischer Produktion einkauft. Im Übrigen: es geht auch um die Biodiversität, und dort ist der Nachweis der mit den Pestiziden verbundenen Problemen längstens erbracht.

Die Schlussfolgerung: Das Landwirtschaftsministerium verletzt erneut seine Verpflichtung gegenüber der Gesundheit der Kinder, der biologischen Landwirtschaft sowie dem Biolandbau straflich und hinkt Restopolis meilenweit hinterher.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass das Ministerium:

- endlich entscheidet, dass in der 18. Ausschreibung weitaus mehr biologische regionale Produkte eingekauft werden und die biologische Produktion wichtiger als der Preis ist und somit ein deutliches Signal für die Zukunft gibt (bei Restopolis kommt der Preis an dritter Stelle der Auswahlkriterien, bei dem Schulobstprogramm spielt er zu sage und schreibe 50%!)! Es kann und darf nicht sein, dass wir von den Bananen produzierenden Ländern im Süden erwarten, dass sie biologische Bananen anbauen, während wir es hierzulande nicht schaffen, den Biolandbau bei unserem eigenen Obst umzusetzen.
- umgehend darlegt, wie die Einkaufspolitik in den kommenden Jahren grundsätzlich aussehen soll! So entsteht Planungssicherheit für Landwirte und Akteure, die verstärkt in Richtung Obstbau gehen möchten und somit wird die regionale Obstbauproduktion durchaus gefördert. Restopolis hat aufgezeigt, dass diese Strategie aufgehen kann. Man muss es nur wollen.

8. September 2025

Mouvement Ecologique asbl.

Anhang – Anmerkungen des Mouvement Ecologique zu den Ausführungen des Ministeriums im Pressedossier unter dem Kapitel :

« Réponse à certaines critiques récurrentes publiées chaque année en réponse à cet appel d'offre »

Das Ministerium hat wohl mit einer Reaktion gerechnet und versucht diese Argumente mittels einer Rubrik „réponse à certaines critiques récurrentes“ aufzugreifen. Der Mouvement Ecologique möchte diese Ausführungen wie folgt kommentieren:

- Ausbau von regionalem Obst und Gemüse: Es ist positiv, dass die regionale Produktion zugenommen hat. Dies reicht jedoch nicht aus.
- Der Umstand, dass man sich an der Ausschreibung nur beteiligen kann, wenn man große Quantitäten Obst anbieten kann), wird damit argumentiert, dass die Kontrolle der Qualität dann leichter wäre und sich Landwirte zusammenschliessen könnten, um an der Ausschreibung teilnehmen zu können. Dies mag nachvollziehbar sein. Aber: Fakt ist, dass es doch mit einem erheblichen Aufwand für die Landwirte verbunden ist, wenn sie den Zusammenschluss organisieren sollen (Absprachen untereinander, Verrechnungen usw.), zumal wenn man keine gewisse Sicherheit des Absatzes hat. Mit diesem Problem sind die Landwirte immer wieder konfrontiert, z.T. auch bei den Restopolis-Ausschreibungen. Die Zeit ist absolut überfällig, dass das Landwirtschaftsministerium derartige Zusammenschlüsse aktiv fördert und nicht nur den Landwirten sagt: Ihr könnt das ja tun, wenn ihr wollt. Hier ist eine offensive dynamische Politik gefordert.
- Hervorgehoben wird seitens des Landwirtschaftsministeriums, dass 1/3 der angebotenen Lebensmittel aus biologischem Landbau stammen müssen. Es ist ja wichtig, dass Luxemburg Produkte aus den Ländern des Südens in Bio-Qualität importiert (und damit deren Landwirte anregt, Biowaren zu produzieren). Aus hiesiger Produktion, welche den weitaus größeren Anteil ausmacht, müssen aber nur die Karotten biologisch produziert sein. Warum nicht auch Äpfel, Birnen...? Warum das Landwirtschaftsministerium davon ausgeht, dass Landwirte in den Ländern des Südens Biokriterien respektieren sollen, die hiesigen aber kaum, bleibt ein Rätsel.
- Angeführt wird auch, das Schulobstprogramm sei kein Instrument zur Förderung der „nouvelles productions fruitières pérennes“. Doch genau das denkt der Mouvement Ecologique! Warum dies nicht der Fall sein soll, führt das Ministerium auch nicht an.
- Die Lebensmittelinspektion führt regelmäßig Analysen der Lebensmittel durch und dabei zeigt sich, dass die Grenzwerte eines einzelnen Pestizides in der absoluten Mehrzahl der Proben bei Obst und Gemüse grundsätzlich unterschritten werden, dass sie – so das Ministerium - gesund sind. Dies unabhängig davon, ob sie aus konventionellem oder biologischem Anbau stammen, so eine weitere Ausführung. Die Qualität der Analysen der ALVA sind unumstritten, sie sind auf EU-Niveau sicherlich auf einem sehr hohen Niveau. Wie weiter oben allerdings bereits ausgeführt, sollte man jedoch hinsichtlich des Zusammenwirkens von Pestizidrückständen, und auch der akkumulativen Wirkung einzelner Wirkstoffe Vorsicht walten lassen. Besonders wenn es um die Gesundheit sensibler Gruppen

geht, sollte es doch selbstverständlich sein, dass auf pestizidrückstandsFREIE Lebensmittel zurückgegriffen werden soll. Pestiziden gehören nicht in unsere Lebensmittel, und dies wird mit biologischen Produkten weitgehend erreicht.

- Verwiesen wird darauf, dass das Schulobstprogramm seitens der EU zu 50% kofinanziert wird und die EU vorgibt, dass der Preis zu 50% ausschlaggebend sein muss. Stellen sich 2 Fragen: Setzt sich Luxemburg auf EU-Ebene dafür ein – immerhin wird dieser Prozentsatz der EU seit zig Jahren als Problem seitens Luxemburgs angeführt – dass dieser Prozentsatz reduziert wird? Und: Ist Luxemburg wirklich auf den Beitrag der EU angewiesen, wenn im Gegenzug aber die Biodiversität in Luxemburg und die Gesundheit der Kinder sowie die Biolandwirtschaft gefördert werden könnten? Wären dies nicht gut investierte nationale Gelder?